

1. Feb. 2002

JUBILÄUM Die 100-jährige SP Riehen lud die SP Basel-Stadt zur Delegiertenversammlung ein

Folkloreshow einer 100-Jährigen

Die jüngste Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt fand im Bürgersaal des Gemeindehauses Riehen statt. Im Zentrum stand neben den Ja-Parolen zur UNO und zur Arbeitszeitverkürzung vor allem das 100-Jahr-Jubiläum der SP Riehen. Gemeindepräsident Michael Raith gab einen historischen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der SP Riehen.

ROLF SPRIESSLER

«Lustvoll» war das Wort des Abends. Lustvoll war sie in der Tat, die Delegiertenversammlung, zu der die SP Riehen anlässlich ihres 100. Geburtstages die Kantonalpartei am vergangenen Montag einlud. Zweck der DV war es, die Parolen der SP Basel-Stadt zur UNO und zur Arbeitszeitverkürzung zu fassen, doch die Ja-Parolen standen schon vor der eigentlichen Parolenfassung fest. So wurde das vom parteigeschäftlichen Standpunkt her Nebensächliche zur Hauptsache, und dies begann schon damit, dass im Foyer des Bürgersaales im Gemeindehaus ein Apéro gereicht wurde und von der Bühne im Saal Alphornklänge zu hören waren.

Chorgesang zum Auftakt

Eröffnet wurde die Delegiertenversammlung sozusagen vom Gastgeber, nämlich von Michael Martig, Präsident der SP Riehen. Nach einer kurzen Begrüßungsrede und einigen Mitteilungen aus dem Präsidium stand er zusammen mit zahlreichen Parteikolleginnen und -kollegen auf die Bühne und trug im Chor, begleitet von zwei Gitarren, das SP-Wahlkampflied «Rose für Rieche» vor. Gemeinderat Niggi Tamm erklärte die Ausgangslage zum Riehener Wahlgang vom Wochenende, Gemeinderatskandidatin und Einwohnerratspräsidentin Irène Fischer-Burri erläuterte die Aktion der «Riechemer Rose» (alle SP-Kandidierenden hatten einer von ihnen ausgewählten Person eine Rose für spezielle Verdienste überreicht) und gab Michael Martig in Anerkennung seiner Verdienste für die Partei eine Rose.

Historische Würdigung

Gemeindepräsident Michael Raith freute sich, dass «auch die SP Basel-Stadt nun Riehen entdeckt» habe, und blickte als Historiker auf die Anfänge der Sozialdemokratie in Riehen zurück. Die SP Riehen habe die Gemeinde massgeblich aufzubauen geholfen. Entgegen des Rufes der Gemeinde, wonach Riehen eher «reich und langweilig» sei, habe es schon immer auch das andere Riehen gegeben, die Arbeiterschaft, sogar das Revolutionäre, wenn man bedenke, dass 1798 bei der Einführung der Helvetik in Riehen Freiheitsbäume gestanden seien, dass das Basler Militär 1832/33 dafür gesorgt habe, dass Riehen in den Wirren der Kantonstrennung nicht auf Baselbieter Seite mitgemischt habe, oder dass Riehen noch vor der Basler Reformation den katholischen Pfarrer aus der Gemeinde gejagt habe.



Grosser Auftritt für die SP Riehen im Bürgersaal des Gemeindehauses: Ein Chor von Kandidatinnen und Kandidaten singt das von Aernschd Born geschriebene Wahlkampflied «Rose für Rieche». Foto: Philippe Jaquet

Dass Riehen für die SP bereits früh ein fruchtbarer Boden gewesen sei, sehe man unter anderem daran, dass bereits 1891 in Riehen eine erste ACV-Filiale eröffnet worden sei – die SP und der Konsum (früher ACV, heute Cöop) seien schon damals eng verbunden gewesen. Die Einführung des Trams nach Riehen 1908 und der Bau verschiedener Genossenschaftssiedlungen nach dem Ersten Weltkrieg hätten der SP in Riehen viele Anhänger beschert.

«Pionier» August Strub

Der erste grosse «einheimische» Sozialdemokrat sei der Lehrer August Strub gewesen, der aus dem Baselbiet nach Riehen gekommen sei. Als er nach zwölf Jahren im Grossen Rat 1902 bei den Linksfreisinnigen nicht mehr wiedergewählt worden sei, habe er aus Protest zur SP gewechselt und sei 1905 als erster Sozialdemokrat in den Grossen Rat gewählt worden, später schaffte er als erster Spler den Sprung in den Riehener Gemeinderat. Die heutige SP Riehen (diesen Namen trägt sie erst seit 1918) ist 1902 als «Arbeiterverein Riehen» gegründet worden. Eugen Wullschleger, der nach seiner Zeit als Basler Regierungsrat nach Riehen zog und sich dann auch hier politisch engagierte, wurde erster Alterspräsident des Riehener Parlamentes.

Vor Beginn der Parolenfassung zum UNO-Beitritt der Schweiz spielte ein Alphorntrio der «Regio Alphorngruppe Riehen» mit dem ehemaligen SP-Einwohnerrat Robert Blumer. Alt Regierungsrat Remo Gysin betonte, beim UNO-Beitritt gehe es darum, dass sich die Schweiz der Vollversammlung anschliesse, in der jedes Mitgliedsland gleichberechtigt sei, und nicht dem Sicherheitsrat, der mit dem Vetorecht der Grossmächte in der Tat reformbedürftig sei. Das Neutralitätsrecht der Schweiz werde nicht tangiert, da die UNO die Verfassungen der Mitgliederländer respektiere, und zu einem bewaffneten militärischen Einsatz könne kein Land gezwungen werden.

Für UNO und 36-Stunden-Woche

Als Gastrednerin hatte die SP die Zürcherin Gabriela Büttner eingeladen. Gabriela Büttner war von 1998 bis 2000 als Projektkoordinatorin eines Entwicklungshilfeprogrammes der UNO in Kirgistan tätig. Sie erzählte von der kirgisischen Lehrerin Majram, Mutter von drei Kindern und Ehefrau eines arbeitslosen ehemaligen Kolchosearbeiters, die zusammen mit einigen Nachbarinnen und mit Hilfe der UNDP eine Existenz im Landwirtschaftsbereich habe aufbauen können. Mit Unterstützung der UNDP habe in ihrem kleinen Bergdorf Irisu auch die Trinkwasserversorgung entscheidend verbessert werden können. Weil die UNO praktisch von allen Regierungen als Partnerin akzeptiert werde, könne sie mit ihren Entwicklungsprogrammen auch politisch viel mehr erreichen als «normale» Hilfswerke.

Vor der Abstimmung zur UNO-Parole spielte eine Appenzeller Streichmusik in der SP-Besetzung mit Franz Osswald (Hackbrett), Brigitta Kaufmann (Geige), Michael Martig (Bass), Christian Klemm (Cello) und Ruth Senn (Geige). Es sei durchaus nicht so, dass politisch links ausgerichtete Menschen sich nicht für Traditionelles und Volkstümliches begeistern könnten, sagte Franz Osswald, als er das Quintett vorstellte.

Für die Einführung der 36-Stunden-Woche setzte sich die SMUV-Gewerkschaftssekretärin Francesca Antonelli ein. Es sei an der Zeit, dass die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte in Form von mehr Freizeit an die Erwerbstätigen weitergegeben würden. Eine hohe Arbeitszeit sei gesundheitsgefährdend und erhöhe das Risiko von Invalidität und Unfällen. Entscheidend für den Erfolg der Schweizer Wirtschaft sei nicht eine hohe Arbeitszeit jedes einzelnen, sondern eine hohe Qualität der Produkte und Dienstleistungen.

Die Versammlung beschloss für beide eidgenössischen Vorlagen, die am 3. März zur Abstimmung kommen, klar die Ja-Parole.